

GROSSER RAT

VORSTOSS

Motion Harry Lütolf, Die Mitte, Wohlen (Sprecher), Monika Baumgartner, Die Mitte, Tegerfelden, Roland Büchi, SVP, Wohlen, Mario Gratwohl, SVP, Niederwil, Hans-Ruedi Hottiger, parteilos, Zofingen, René Huber, Die Mitte, Leuggern, Beat Käser, FDP, Stein, Désirée Stutz, SVP, Möhlin, Michael Wetzler, Die Mitte, Ennetbaden, und Urs Winzenried, SVP, Aarau, vom 8. November 2022 betreffend Änderung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes zur künftigen Vermeidung von stossenden Einbürgerungen

Text:

Das Gesetz vom 12. März 2013 über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG, SAR 121.200) sei sinngemäss wie folgt zu ändern:

Aktuelles Recht

§ 8 Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

1 Das Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist durch das Unterzeichnen einer Erklärung zu bestätigen.

2 Die öffentliche Sicherheit und Ordnung gilt bei Erwachsenen als beachtet, wenn

- a) der für die kantonalen Einbürgerungsbehörden einsehbarer Strafregisterauszug keinen Eintrag von Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergehen enthält,
- b) bei einer Verurteilung nach Jugendstrafrecht die Fristen gemäss Absatz 3 lit. b und c verstrichen sind.

3 Die öffentliche Sicherheit und Ordnung gilt bei Jugendlichen als beachtet, wenn

- a) der für die kantonalen Einbürgerungsbehörden einsehbarer Strafregisterauszug keinen Eintrag enthält,
- b) in den letzten zehn Jahren vor Einreichung des Gesuchs und während des Verfahrens keine Verurteilung wegen eines Verbrechens vorliegt,
- c) in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs und während des Verfahrens keine Verur-

Angestrebtes künftiges Recht

(Änderungen fett oder durchgestrichen)

§ 8 Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

1 Das Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist durch das Unterzeichnen einer Erklärung zu bestätigen.

2 Zusätzlich zu den Mindestanforderungen von Artikel 4 der Verordnung vom 17. Juni 2016 über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung, BüV) gilt die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Erwachsenen als beachtet, wenn

- a) der für die kantonalen Einbürgerungsbehörden einsehbarer Strafregisterauszug keinen Eintrag ~~von Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergehen~~ enthält,

b) bei der kantonalen Koordinationsstelle (KOST) im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2016 über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz, StReG) keine Einträge in VOSTRA pendent sind,

c) in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs und während des Verfahrens keine Verurteilung wegen einer Übertretung vorliegt, welche gemäss Artikel 18 StReG nicht in VOSTRA einzutragen war, aber einen Verstoß gegen eine Bestimmung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB) oder gegen eine

teilung wegen eines Vergehens vorliegt.

4 Die Fristen gemäss Absatz 3 lit. b und c beginnen mit der Anordnung zu laufen.

5 Erwachsene und Jugendliche, die zu einer bedingten Strafe wegen eines Vergehens verurteilt worden sind, können eingebürgert werden, wenn der Strafregisterauszug für Privatpersonen keinen Eintrag enthält und die Probezeit zwei Jahre vor Einreichung des Gesuchs abgelaufen ist.

6 Bei hängigen Strafverfahren wegen eines Vergehens oder Verbrechens wird die Behandlung des Gesuchs bis zur Erledigung des Strafverfahrens sistiert.

7 Übertretungen oder nicht strafbare Handlungen, die eine Missachtung der öffentlichen Ordnung darstellen, können bei der Prüfung der Integration angemessen berücksichtigt werden.

Bestimmung des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG) feststellte,

d) bei einer Verurteilung nach Jugendstrafrecht die Fristen gemäss Absatz 3 lit. b **bis d** verstrichen sind.

3 Zusätzlich zu den Mindestanforderungen von Artikel 4 BüV gilt die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Jugendlichen als beachtet, wenn

a) der für die kantonalen Einbürgerungsbehörden einsehbare Strafregisterauszug keinen Eintrag enthält,

b) in den letzten zehn Jahren vor Einreichung des Gesuchs und während des Verfahrens keine Verurteilung wegen eines Verbrechens vorliegt,

c) in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs und während des Verfahrens keine Verurteilung wegen eines Vergehens vorliegt,

d) in den letzten zwei Jahren vor Einreichung des Gesuchs und während des Verfahrens keine Verurteilung wegen einer Übertretung vorliegt, welche gemäss Artikel 18 StReG nicht in VOSTRA einzutragen war, aber einen Verstoss gegen eine Bestimmung des StGB oder gegen eine Bestimmung des BetmG feststellte,

e) bei der KOST im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 StReG keine Einträge in VOSTRA pendent sind,

f) bei der Jugendanwaltschaft des Kantons Aargaus keine hängigen Verfahren wegen Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen im Sinne von lit. a und d bekannt sind.

4 Die Fristen gemäss **Absatz 2 lit. c** und Absatz 3 lit. b **bis d** beginnen mit der Anordnung zu laufen.

~~**5 Erwachsene und Jugendliche, die zu einer bedingten Strafe wegen eines Vergehens verurteilt worden sind, können eingebürgert werden, wenn der Strafregisterauszug für Privatpersonen keinen Eintrag enthält und die Probezeit zwei Jahre vor Einreichung des Gesuchs abgelaufen ist.**~~

5 Bei hängigen Strafverfahren wegen eines **Verbrechens, eines Vergehens, einer Übertretung mit Eintrag in VOSTRA oder einer Übertretung im Sinne von Absatz 2 lit. c und Absatz 3 lit. d** wird die Behandlung des Gesuchs bis zur Erledigung des Strafverfahrens sistiert.

6 Übertretungen, die durch die Absätze 2 und 3 nicht erfasst sind oder nicht strafbare Handlungen,

die eine Missachtung der öffentlichen Ordnung darstellen, können bei der Prüfung der Integration angemessen berücksichtigt werden.

7 Nach einer rechtskräftigen Abweisung eines Einbürgerungsgesuchs kann ein neues Einbürgerungsgesuch erst nach Ablauf von zwei Jahren gestellt werden.

Begründung:

Die vorliegende Motion ist aus drei Gründen nötig:

1. Mit Urteil vom 3. Oktober 2022 (WBE.2022.320) hob das Verwaltungsgericht des Kantons Aargau einen Beschluss des Grossen Rates des Kantons Aargau vom 14. Juni 2022 auf, mit welchem das Einbürgerungsgesuch EEPO-9397-4954 vom Parlament abgelehnt wurde. Das Urteil des Verwaltungsgerichts, bei dem es im Prinzip nur um die Frage ging, ob ein Ladendieb etwas länger auf seine Einbürgerung warten muss (nach einer angemessenen Bewährungszeit), ist stossend und wird in der Bevölkerung nicht verstanden. Mehr noch: Nach genauer Analyse des veröffentlichten Urteils muss man zum Schluss kommen, dass das Gericht in unzulässiger Weise das Ermessen des Grossen Rates durch sein eigenes Ermessen ersetzt hat. Das soll bei künftigen, ähnlich gelagerten Fällen nicht mehr vorkommen, was bei einer sinngemässen Umsetzung der vorliegenden Motion gewährleistet werden kann, indem insbesondere eine restriktivere Regelung bei allen Übertretungen des StGB und BetmG sowie eine gesetzliche Wartefrist (analog Art. 36 Abs. 5 des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes, BÜG) bei abgewiesenen Einbürgerungsgesuchen geschaffen werden soll.
2. Eine Gesetzesänderung drängt sich auch wegen der Rechtsentwicklung auf. Das KBÜG wurde vom Grossen Rat im Jahr 2013 beschlossen. Erst drei Jahre später wurde gestützt auf das «neue» eidgenössische Bürgerrechtsgesetz die eidgenössische Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung, BÜV) vom Bundesrat beschlossen und auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. In Art. 4 BÜV mit dem Titel «Nichtbeachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung» werden diesbezügliche Mindestanforderungen an eine Bewerberin oder einen Bewerber gestellt. Diese Mindestanforderungen waren dem Grossen Rat bei Erlass des KBÜG demnach noch nicht bekannt. Durch eine Revision des KBÜG soll ein Abgleich mit den Regelungen in der BÜV stattfinden. Im Übrigen ist unbestritten, dass die Kantone über diese Mindestanforderungen hinausgehen dürfen (Art. 12 Abs. 3 BÜG, vgl. auch § 12 des Bürgerrechtsgesetzes des Kantons Basel-Landschaft vom 19. April 2018 und Seite 13 ff. der diesbezüglichen Vorlage des Regierungsrates an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Oktober 2017, nachzulesen unter <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschaeft/geschaeftsliste/geschaefte-des-landrats-september-oktober-2017/vorlagen-1/2017-384.pdf>).
3. Schliesslich drängt sich eine Änderungen des KBÜG auch wegen des neuen Bundesgesetzes vom 17. Juni 2016 über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz, StReG) auf, welches gemäss Beschluss des Bundesrates vom 19. Oktober 2022 auf den 23. Januar 2023 in Kraft treten wird (AS 2022 600). In diesem Strafregistergesetz werden zum Teil neue Regelungen bezüglich der Erfassung von Delikten in VOSTRA und der Entfernung von Daten aus VOSTRA (je mit neuen Fristen) festgelegt. Das geltende KBÜG nimmt auf diese Einträge in VOSTRA Bezug, jedoch noch unter Geltung des «alten» Rechts. Eine Anpassung des KBÜG an das StReG ist angezeigt.

Namen und Unterschriften der einreichenden und mitunterzeichnenden Grossratsmitglieder

Kurztitel Vorstoss: [Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

Aebi Daniel Erich, SVP
Bally Maya, Die Mitte
Barp Miro, SVP
Basler Colette, SP
Baumann Thomas, Grüne
Baumgartner Monika, Die Mitte
Baur Jürg, Die Mitte
Berner Yannick, FDP
Betsche Matthias, GLP
Bieber Béa, GLP
Binder-Meury Carole, SP
Bircher Adrian, GLP
Bodmer René, SVP
Borer-Mathys Barbara, SVP
Bossard Nicola, Grüne
Bossert Martin, SVP
Brem-Ingold Rita, Die Mitte
Brizzi Simona, SP
Brügger Martin, SP
Bucher Ralf, Die Mitte
Büchi Roland, SVP
Budmiger Hans-Peter, GLP
Burgener Elisabeth, SP
Burger Alain, SP
Burkard Flurin, SP
Burri Tonja, SVP
Capanni Luzia, SP
Dell'Anno-Doppler Regula, SP
Dell'Aquila Silvia, SP
Demarmels Carol, SP
Dietiker Therese, EVP
Dietrich Stefan, SP
Dietschi Markus, Grüne
Erne Hansjörg, SVP
Ernst Manuela, GLP
Faes Karin, FDP
Felder Jacqueline, SVP
Fischer Bargetzi Andreas, Grüne
Fischer-Lamprecht Lutz, EVP
Frauchiger Roland, EVP

Frei Patrick P., SVP
Freiermuth Sabina, FDP
Fricker Jonas, Grüne
Furer Pascal, SVP
Gabriel Markus, SVP
Gerhard Kurt, SVP
Giezendanner Stefan, SVP
Glerner Jeanine, FDP
Glur Christian, SVP
Gosteli Patrick, SVP
Gratwohl Mario, SVP
Gräub Adrian, SVP
Gresch Dominik, GLP
Gretener Bruno, FDP
Hagenbuch Christoph, SVP
Haller Rolf, SVP
Häseli Gertrud, Grüne
Hasler Kathrin, SVP
Hauser Claudia, FDP
Häusermann Renate, SVP
Hilfiker Silvan, FDP
Hochreuter Clemens, SVP
Hölzle Daniel, Grüne
Hottiger Hans-Ruedi, Die Mitte
Hottiger Tobias, FDP
Huber Lukas, GLP
Huber René, Die Mitte
Hubmann Hanspeter, SP
Hunziker Lelia, SP
Huwylar Stefan, FDP
Jäggi Rolf, SVP
Käser Beat, FDP
Kaspar Manuel, SVP
Kaufmann Alfons Paul, Die Mitte
Kaufmann Maurus, Grüne
Keller Christian Jon, Grüne
Keller Christian, SVP
Kern Knecht Leandra, GLP
Knuchel Jürg, SP
Koch Wick Karin, Die Mitte

Kosch Mirjam, Grüne
Kuster Petra, SVP
Kuster Roland, Die Mitte
Lang Markus, GLP
Lauper Richner Gabi, SP
Lüscher Severin, Grüne
Lüthy Gabriel, FDP
Lüthy Markus, SVP
Lütolf Harry, Die Mitte
Mallien Sander, GLP
Marclay-Merz Suzanne, FDP
Meier Adrian, FDP
Meier Maya, SVP
Meier Titus, FDP
Merz Alfred, SP
Minder Christian, EVP
Mosimann Daniel, SP
Müller Robert Alan, SVP
Müller Werner, Die Mitte
Müller-Boder Nicole, SVP
Müri Ruth, Grüne
Notter Daniel, SVP
Notter Michael, Die Mitte
Obrist Robert, Grüne
Ounde Ignatius, GLP
Perroud Arsène, SP
Peter Dominik, GLP
Pfisterer Lukas, FDP
Plüss Urs, EVP
Ramseier Philippe, FDP
Riner Christoph, SVP
Rohrer Claudia, SP
Rotzetter Andre, Die Mitte
Rudolf Bruno, SVP
Saner Edith, Die Mitte
Scherer Werner, SVP
Schmid Isabelle, Grüne
Schmidmeister Lea, SP
Schneider Markus, Die Mitte

Scholl Bernhard, FDP
Schoop Adrian, FDP
Seibert Uriel, EVP
Sommer-Moor Sybille, SVP
Steinacher Andy, SVP
Stenico-Goldschmid Franziska, Die Mitte
Stichert Norbert, FDP
Stierli Walter, SVP
Strub Gérald, FDP
Stutz Désirée, SVP
Suter Emanuel, SVP
Syed Rahela, SP
Tüscher Bruno, FDP
Urech Daniel, SVP
Vogel Brigitte, SVP
Vogt Roland, SVP
von Planta Gian, GLP
Walser Rolf, SP
Wehrli Daniel, SVP
Wetzel Michael, Die Mitte
Winzenried Urs, SVP